



**CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT
Saarland – Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Communauté Française de Belgique -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens**

23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209

Empfehlung zur Problematik des Wohnungsmarktes in der Großregion

Der Interregionale Parlamentarierrat, zusammgetreten in seiner Plenarsitzung am 1. Juni 2018 in Luxemburg,

- A. *unterstreicht den gewachsenen Abstimmungsbedarf der politischen Entscheider der Großregion im Wohnungssektor, um den sozialen und wirtschaftlichen Anforderungen, der Gewährleistung der Lebensqualität und der Einhaltung des ökologischen Gleichgewichts gerecht zu werden,*
- B. *unterstreicht, dass trotz der Besonderheiten, die angepasste Lösungen erfordern, jeder Teil der Großregion eine große Zahl gemeinsamer Problematiken in Sachen Wohnungsmarkt hat,*
- C. *stellt fest, dass die Großregion in Wohnungsfragen zahlreiche Potenziale besitzt, die allerdings grenzüberschreitend besser weiterentwickelt werden können und allzu oft nicht über den bilateralen, ja sogar nationalen Rahmen hinausgehen,*
- D. *stellt fest, dass eine gemeinsame Raumordnungs- und Wohnungspolitik in der gesamten Großregion mit dem Ziel der Wahrung der Lebensqualität der Bewohner häufig noch am Anfang steht,*
- E. *stellt fest, dass ein steigender Anteil an Haushalten mit mittlerem und geringem Einkommen sich zunehmenden Schwierigkeiten ausgesetzt sieht, Eigentum zu erwerben, obwohl dies bislang in der Großregion die vorherrschende Wohnform ist,*
- F. *stellt fest, dass ein wachsender Anteil der Miethaushalte in der Großregion unterhalb der Armutsschwelle lebt und verstärkt Unterstützung benötigt, die darin besteht, ihnen den Zugang zu einer bezahlbaren Wohnung zu erleichtern,*
- G. *erkennt an, dass die Behebung der Knappheit an Sozialwohnungen sowie die energetische Sanierung des Wohnungsbestands in der Großregion eine Herausforderung für alle Teile der Großregion darstellt,*
- H. *hebt hervor, dass die soziologischen, ökonomischen und demografischen Transformationen in der Großregion, die sich in mobileren Arbeitnehmern und einer Lockerung der Haushalte äußern, dazu führen, dass die bestehenden Wohnungstypologien immer weniger im Einklang mit den modernen Lebensformen stehen,*

- I. *stellt fest, dass die Wahl der Wohnung das Ergebnis eines komplexen Abwägungsprozesses zwischen finanziellen Zwängen, Art der gesuchten Wohnung, Nähe zu den Lebens-, Freizeit- und Arbeitsorten sowie der Verfügbarkeit von personennahen Dienstleistungen ist,*
- J. *ist der Auffassung, dass angesichts der Entwicklung der Grenzgängerzahlen in allen Teilen der Großregion und der gestiegenen Mobilität der Bewohner im allgemeinen, die Infrastruktur- und Verkehrsprobleme eine immer zentralere Rolle spielen und innovativer und effizienter Lösungen bedürfen,*
- K. *unterstreicht, dass die wachsende Kapitalisierung des Wohnungsbestands, einhergehend mit einem höheren Verschuldungsgrad, sowohl Chancen - insbesondere die Bildung von Vermögen für die Rente - als auch Nachteile - insbesondere ein Überschuldungsrisiko - birgt,*
- L. *unterstreicht, dass die energetische Prekarität an der Schnittstelle zwischen Sozialem und Ökologie in der Großregion immer besorgniserregender wird und Auswirkungen nicht nur auf die Umwelt, sondern auch auf die ökonomische Situation der Haushalte hat,*
- M. *erkennt an, dass grenzüberschreitenden Wohnungsmigrationen zwischen den verschiedenen Ländern mitunter „Abschottungsphänomene“ nach sich ziehen, die integrative und administrative sowie Probleme mit dem sozialen Zusammenhalt für die betroffenen Kommunen mit sich bringen können,*
- N. *stellt fest, dass der finanzielle Druck sich auf alle Grenzgebiete ausdehnt und dass die strukturellen Unterschiede zwischen den Kommunen in Grenznähe Luxemburgs einerseits und den weiter entfernten Kommunen andererseits auf diese Weise weiter zunehmen,*
- O. *unterstreicht, dass ein exzessiver Spekulationsdruck auf dem Immobilienmarkt schwächere Bevölkerungsgruppen stärker trifft und diese sich gezwungen sehen, in weiter entfernte Bereiche, in denen die Wohnungen erschwinglicher sind, umzusiedeln.*

Empfiehl im Anschluss an die von der luxemburgischen IPR-Präsidenschaft am 20. Oktober 2017 auf dem Kirchberg in Luxemburg veranstaltete Wohnungskonferenz:

1. *die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der für die Analyse der Wohnungssituationen in den verschiedenen Teilen der Großregion spezialisierten Akteure zu intensivieren, mit dem Ziel, in Form eines Netzwerkes eine Beobachtungsstelle für den Wohnungsmarkt in der Großregion zu schaffen,*
2. *zu einer weitgehend integrierten Wohnungspolitik in einem Kreislaufwirtschaftssystem zu gelangen, die den sozialen Bedürfnissen und den modernen Lebensweisen gleichermaßen gerecht wird, indem sie den Schwerpunkt auf die Entwicklung einer funktionalen Einheit zwischen Wohnort, Lebensort, Einkaufsmöglichkeiten, Arbeit und Freizeit legt,*
3. *bei der Realisierung neuer Projekte auf die konsequente Einbindung personennaher Dienstleistungen und auf die Wahrung der sozialen Vermischung als Schlüsselfaktoren zu drängen, die einer sozial-räumlichen Spezialisierung der Bevölkerung vorbeugen,*

4. darauf zu drängen, dass die Weiterentwicklung von Infrastrukturen und Wohnungen weder zu Lasten der Lebensqualität noch auf Kosten der Landschafts- und Umweltqualität, die die Hauptattraktivität der Großregion ausmachen, gehen darf,
5. für eine Senkung des Anteils des motorisierten Individualverkehrs einzutreten, was zum einen bedeutet, innovative und effiziente Mobilitätslösungen zu erarbeiten (multimodaler Verkehr, Homeoffice, einheitliche Fahrscheine, Harmonisierung der Verkehrstakte, usw.) und zum anderen eine städtebauliche Verdichtung,
6. innerhalb der Städte eine nachhaltige Wohnungspolitik inmitten intelligenter urbaner Lebensräume zu fördern (energieeffiziente Wohnungen, Wasserleckerkennung, Online-Kontrolle der Luftqualität, lokale Abfallvermeidung und Müllrecycling, intelligente Regenwassernutzung, intelligentes Energiemanagement, intelligente Zähler, Elektromobilität, grüne Gebäude, digitale Netze, usw.),
7. Bauformen zu fördern, die es erlauben, mit der schnellen technologischen Entwicklung in Bezug auf Energiesparmassnahmen und erneuerbare Energien Schritt zu halten,
8. darauf zu achten, sich weniger mit kurzfristigen konjunkturellen Entwicklungen aufzuhalten und die Situation strukturierter zu betrachten, um wichtige Umwälzungen im Bereich der aktuellen Lebensformen auch anhand eines besseren Dialogs mit den grenznahen Kommunen in der Großregion zu erkennen,
9. angesichts der Knappheit öffentlicher Bauplätze verstärkt nach Misch-Lösungen zu suchen, insbesondere durch die Einbeziehung privater Akteure in die Schaffung erschwinglichen Wohnraums.

Der Interregionale Parlamentarier-Rat der Großregion richtet diese Empfehlung an:

- den Regionalrat der Region Grand Est
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
- die Regierung der Föderation Wallonie-Bruxelles
- die Regierung der Wallonie,
- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg
- die Landesregierung von Rheinland-Pfalz
- die Landesregierung des Saarlandes
- an das Sekretariat des Gipfels der Großregion

Luxemburg, den 1. Juni 2018